

# DIE SAP GEGEN DIE VOLKSFRONT

200 170

60 70 80 90  
DIN 19 05 140

84 100 120

Gb  
II,1

Verlag: Rudolf Dalling, Prag X., Postamt 40, Schlossfach 1

35631

fr. 0-20, h. 0-10,  
dkr. 0-20

# Die SAP gegen die Volksfront

Eine notwendige Auseinandersetzung

A35631

AM 3654

Sozialistische Partei

Deutschlands

Partei Vorstand

Bibliothek

Friedrich-Ebert-Stiftung

Bibliothek

1937

Verlag: Rudolf Dölling, Prag X., Postamt 40

Schliessfach 1

**Die heranwachsende proletarische**  
**Einheitsfront muss vor trotzkistischen**  
**Einflüssen gesichert werden**

Wiederholt sahen wir uns in den letzten Monaten veranlasst, an der Politik der SAP Kritik zu üben. Darüber zeigte sich das Auslandskomitee der SAP sehr ungehalten und begann vor allem über den »Ton« unserer Kritik ein Klagelied zu singen. Aber die Wahrheit tönt denjenigen immer unharmonisch in den Ohren, die Veranlassung haben, sie zu umgehen oder sich vor ihr zu verbergen. So ist es auch in diesem Falle. Wir haben angeprangert, mit welcher Pflichtvergessenheit gegenüber der kämpfenden spanischen Volksfront sich das AK an die Seite der konterrevolutionären POUM-Führer stellte und deren verbrecherische Politik unterstützte. Wir haben durch Tatsachen bewiesen, wie die »Neue Front« die Massnahmen des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront, zur Verteidigung des Friedens — von den SAP-Vertretern selbst mitbeschlossen — sabotierte. Wir schilderten anhand der Politik des AK, wie der Volksfrontbewegung faktisch entgegengearbeitet wird. Wir haben schliesslich festgestellt, dass die Politik der SAP starke trotzkistische Tendenzen aufweist, die von den zahlreichen trotzkistischen Elemen-

ten, die der SAP-Emigration angehören, und von denen auch einige in dem AK sitzen, in sie hineingetragen werden.

Die Antwort auf unsere Kritik ist nun ein Artikel in der »Neuen Front« Nr. 12 mit der Überschrift »Will die KPD den Volksfront-Ausschuss sprengen?« Darin wird, um seine unwahre Polemik zu begründen, gesagt:

*»Es geht darum, dass die KPD mit anderen Teilen der Arbeiterbewegung nicht auf dem Boden der Gleichberechtigung, sondern nur mit den Methoden der Gleichschaltung zusammenarbeiten will... Uns geht es hier vor allem um die Tatsache, dass durch das Treiben der KPD der proletarischen Einheitsfront und der antifaschistischen Volksfront die Vernichtung droht.«*

**In der Arbeiterbewegung hat sich oft bestätigt, dass: je geringer die Bedeutung einer politischen Gruppe ist, um so gewaltiger ist die Selbstüberhebung ihrer Vertreter, die in der Regel den Sinn für jede Realität verlieren lässt.**

Das wiederholt sich auch in diesem Falle. Denn woher nehmen die Freunde des AK, die den Artikel »Will die KPD den Volksfront-Ausschuss sprengen« schrieben, sonst den Mut her, sich in Widerspruch mit allen Tatsachen als die Verteidiger der proletarischen Einheitsfront und der Volksfront und als die Hüter der Demokratie in diesen Bewegungen aufzuspielen, die angeblich durch die KPD gefährdet werden?

Die proletarische Einheitsfront wächst heran in dem vertrauensvollen und kameradschaftlichen Zusammenarbeiten kommunistischer und sozialdemokratischer Genossen im In- und Auslande. Die Sehnsucht nach einer einheitlichen revolutionären Klassenpartei

durch die Verschmelzung der KPD und SPD ist unter den Genossen im Lande stark angewachsen. Der Vorwurf, die KPD weigere sich, mit anderen Teilen der Arbeiterbewegung auf dem Boden der Gleichberechtigung zusammenzuarbeiten, wurde bisher nur von denjenigen erhoben, die nicht bereit sind, auch die ihrer Stärke und ihren Möglichkeiten entsprechenden gleichen Verpflichtungen zu übernehmen, oder die — anstatt den Mut aufzubringen, für ihre angebliche Überzeugung als Anhänger der Einheits- und Volksfront einzutreten, gegen die KPD niederträchtige Verleumdungen verbreiten. Trotz der uneigennütigen Anstrengungen des ZK der KPD ist es noch nicht gelungen, die Einheitsfront im zentralen Masstabe zu schliessen. Die volle Verantwortung trägt dafür vor der deutschen Arbeiterklasse die Welsgruppe in dem Prager Parteivorstand der SPD.

**An der Zusammenarbeit zwischen den Genossen der KPD und der SPD nehmen im In- und Auslande auch SAP-Genossen teil, die ebenfalls ehrlich die Einheits- und Volksfront erstreben.**

Andere Angehörige der SAP haben aber versucht und versuchen noch immer, sich in die Einheits- und Volksfrontbewegung nur einzuschalten, um eine bessere Grundlage für ihre trotzkistische Politik zu finden, die der Verhinderung der Einheits- und Volksfrontbewegung dient. Leider finden gerade die letzteren — es ist notwendig, das festzustellen — in der offiziellen Politik des AK die wirksamste Stütze.

Ein Produkt dieser Politik sind die vorher zitierten falschen Behauptungen des AK ge-

genüber der KPD. Dazu ist aber erforderlich, noch von einem anderen Gesichtspunkt aus einige Bemerkungen zu machen. Die Einheitsfront und die Volksfront wird erstehen mit oder ohne Förderung durch die SAP und auch gegen sie. Der SAP fehlt der Einfluss unter den Volksmassen, um auf die Entwicklung der Dinge ernstlich einwirken zu können. Ihr fehlt wie allen Splitterparteien und Gruppen vor allem auch die Entfaltungsmöglichkeit. Denn es ist — wie wir schon an anderer Stelle geschrieben haben — kein Raum in der deutschen Arbeiterbewegung zwischen SPD und KPD für eine dritte Partei mit einer »eigenen revolutionären Politik«.

**Aber die proletarische Einheitsfront wird umso eher vollendet, die einheitliche revolutionäre Partei der Arbeiterklasse umso sicherer erstehen, wenn den Trotz-kisten und auch den trotzkistischen Elementen in der SAP die Möglichkeit genommen wird, gegen die Einheits- und Volksfrontbewegung zu konspirieren, sie zu verleumden und ihre Komitees und Einrichtungen weiterhin als Tummelplatz ihrer spalterischen konterrevolutionären Tätigkeit zu benutzen.**

Den trotzkistischen Elementen in der SAP das Handwerk zu legen, ist — das erkennen wir ohne weiteres an — in erster Linie die Aufgabe der Mitglieder der SAP selbst und ihres AK. Wir haben mit unserer Kritik auch keineswegs die Absicht verfolgt, uns in die inneren Verhältnisse der SAP einzumischen. Aber das AK hat sich aktiv und zwar zu Gunsten der konterrevolutionären POUM-Führer und gegen die Volksfrontregierung

in die spanische Politik eingemischt. Das AK ist zur gleichen Zeit offiziell in dem Ausschuss zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront vertreten. Damit hat es die Verpflichtung übernommen, die Beschlüsse des Ausschusses durchführen zu helfen und alles zu tun, um die Einheits- und Volksfrontbewegung zu fördern. Dazu gehört aber auch die Führung des Kampfes gegen einheits- und volksfront-feindliche Strömungen in den Reihen der eigenen Parteien oder Gruppen. Wird dieser Kampf ungenügend geführt oder werden — wie das in der SAP der Fall ist — die trotzkistischen Elemente durch das AK gar noch gefördert, wie es die Stellungnahme des AK zu den Kämpfen in Spanien beweist — so ist es das Recht und die Pflicht der kommunistischen und sozialistischen Anhänger der Einheits- und Volksfront, von sich aus aktiv in diese Art »innerparteilichen Kampf« einzugreifen. Denn dann handelt es sich nicht mehr um einen innerparteilichen Kampf, sondern um neue politische Stellungnahme des AK, die der Beurteilung und Kritik der Öffentlichkeit unterliegt. Es müssen die politischen Sicherungen geschaffen werden, sowohl gegen die Trotz-kisten wie auch gegenüber denjenigen, die nicht die notwendige Eindeutigkeit aufbringen, um sich gegenüber dem Trotz-kismus klar abzugrenzen, trotzdem sie von sich behaupten, Anhänger der Einheits- und Volksfront zu sein. Wenn Genossen der SAP, die noch immer nicht verstehen, dass es dem Trotz-kismus gegenüber keine Konzessionen geben kann — weder organisatorisch noch politisch — plötzlich fühlen, dass sie durch unsere Kritik zwischen zwei Stühlen zu sitzen kommen, so ist das ihre eigene Schuld.

Aber es ist ein grosser Irrtum dieser Genossen, zu glauben, dass durch diese Kritik die proletarische Einheits- und die Volksfront gefährdet würde. Im Gegenteil. Nur durch die klare Stellung der politischen Fragen und eine wirkliche volksfrontmässige Aktivität kann die Verbreiterung und Festigung der Einheits- und Volksfront gesichert werden.

Am beweglichsten führen die Freunde des AK Klage, dass wir gegen sie die Anklage des Trotzismus geschleudert hätten. Sie erklären, dass sie keine Anhänger Trotzki und seiner Auffassungen seien, und dass sie sich mit Trotzki schon vor Jahren auseinandergesetzt hätten. Sie berufen sich dabei auf die Broschüre »Trotzkismus oder revolutionäre Realpolitik«. Uns ist diese Broschüre sehr gut bekannt. Darum wissen wir auch, dass es sich bei der damaligen Auseinandersetzung vor allem um die Fragen handelte — wie kann der Kampf gegen die KPD, gegen die Kommunistische Internationale und gegen den Genossen Stalin mit grösserem Erfolg geführt und die Zerreissung der kommunistischen Bewegung erreicht werden? Ist dazu die sofortige oder die spätere Gründung der sogenannten »Vierten Internationale« zweckmässig? — Die Berufung auf diese Auseinandersetzung ist also ein ganz ungeeignetes Argument, um die Anklage des Trotzismus zu entkräften.

Aber wir haben diese Anklage ja gar nicht in einer so allgemeinen Weise gegen das AK der SAP erhoben.

**Wir betrachten den Trotzismus als eine der Arbeiterbewegung feindliche Strömung, als eine Agentur des Faschismus**

in der Arbeiterbewegung. Es wäre ein Fehler, die SAP oder ihr AK in derselben Weise zu charakterisieren.

Aber wir haben mit vollem Recht festgestellt — und die Beweise dafür liegen vor — dass sich in die SAP zahlreiche trotzkistische Elemente eingeschlichen haben in Übereinstimmung mit den vom Trotzismus angewandten Methoden, dass selbst in dem AK einige Trotzkisten sitzen, die die Politik der SAP beeinflussen und versuchen, die SAP als ganzes in den Sumpf des Trotzismus zu ziehen. Wir erheben ferner gegen die Genossen der SAP und ihres AK, die von sich überzeugt sind, auf dem Boden der Einheits- und Volksfront zu stehen, den berechtigten Vorwurf, dass sie die trotzkistische Gefahr in der SAP unterschätzen und Kompromisse mit den trotzkistischen Elementen dem Kampfe um deren Verjagung aus der SAP vorziehen. Trotz aller Verbrechen der trotzkistischen Agenten in der Sowjetunion, in Spanien, in Deutschland, Frankreich und USA sehen diese Genossen in dem Trotzismus noch immer eine politische Strömung und nicht eine Agentur des Faschismus in der Arbeiterbewegung. Der Vernichtungskampf, den die Kommunisten im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung gegen den Trotzismus führen, wird von diesen Genossen als »methodischer Wahnsinn« bezeichnet, der nur geeignet sei, »aus den de facto völlig bedeutungslosen Trotzkisten einen Popanz zu machen«. Diese — gelinde gesagt — kindlich anmutende, aber von einigen sicher wohl überlegte »Sorglosigkeit« gegenüber dem Trotzismus in einer Zeit, wo die Genossen duldeten, dass das AK als ganzes monatelang die trotzkistische Politik der

konterrevolutionären POUM-Führer unterstützte, sich mitverantwortlich machte an dem konterrevolutionären Aufstand in Barcelona, weiterhin in Spanien eine spalterische Politik betreibt und wo die Gefahr gross ist, dass die SAP vollständig in die Hände der in ihr vorhandenen organisierten trotzkistischen Fraktion gerät, macht es sehr schwer zu sagen, wo endet hier die Dummheit und wo beginnt das Verbrechen.

### Falsche Perspektive oder trotzkistische Hilfe für Hitler?

Der Einfluss trotzkistischer Elemente auf die Politik der SAP kommt erneut in den Beschlüssen der erweiterten Auslands-Komitee-Sitzung vom Juli 1937 zum Vorschein. Das veranlasst uns, die Beantwortung des Artikels »Will die KPD den Volksfrontausschuss sprengen?« mit unserer Stellungnahme zu diesen Beschlüssen zu verbinden. Denn sie bestätigen erneut die volle Berechtigung unserer bisherigen Kritik.

Die neuen Beschlüsse lassen die Annahme zu, dass in der erweiterten AK-Sitzung über alle zur Tagesordnung stehenden Fragen ein Kampf zwischen denen, die heute noch manövrieren wollen und den Trotzkisten in der SAP stattgefunden hat. Aber der Kampf wurde nicht zu Ende geführt. Statt dessen versuchte man Wasser mit Feuer zu vermengen. Herausgekommen ist dabei erneut das Durcheinander, was die SAP seit Jahr und Tag als ihre Politik bezeichnet. Die bereits ausgeschlossenen Trotzki-

sten wurden zum Wiedereintritt in die SAP aufgefordert.

Die Beschlüsse sind ein »Kompromiss«, das eine Kapitulation vor dem Troztkismus bedeutet. Es wurde geschlossen in einer Zeit, wo die allgemeine politische Lage ernster geworden ist, die Schwierigkeiten des Hitlerfaschismus zunehmen, der Kampfeswille der Volksmassen deutlicher in Erscheinung tritt, den faschistischen Raubkriegen in Abessinien und Spanien der Überfall Japans auf China gefolgt ist und wo sich der Weltfriede — wie das die Reden Hitlers auf dem Nürnberger Parteitag erneut bestätigen, in ernster Gefahr befindet.

Die Beschlüsse geben den in der SAP befindlichen Trotzkisten, die bereits mit ihrer endgültigen Entlarvung und sogar mit ihrem Ausschluss rechneten, die Möglichkeit, ihre Schädlingearbeit unter dem Namen der SAP weiterzuführen.

Die Haupt-Resolution der erweiterten AK-Sitzung trägt die Bezeichnung »Perspektive Hitler-Deutschlands und die Aufgaben der SAP«. Die räuberischen Absichten und Ziele des Hitlerfaschismus, seine Rolle als Hauptkriegstreiber werden in diesem Dokument verdunkelt und verwischt. Die Einschätzung der Lage des Hitlerregimes zeigt den tiefen Pessimismus, in den das AK versunken ist. In der Resolution heisst es u. a.:

*»Da die deutsche Arbeiterklasse in der Krise die Macht nicht zu ergreifen vermochte, hat der deutsche Kapitalismus auf faschistischem Wege den kapitalistischen Ausweg aus der Krise erzwungen.«*

Es ist nicht richtig, dass, weil die Arbeiterklasse in der Krise nicht die Macht zu er-

greifen vermochte, der Faschismus zur Macht gekommen ist. Der Sieg des Faschismus hätte verhindert werden können, wenn die Arbeitermassen im Kampfe gegen den Faschismus einig gewesen wären. Wenn sie geschlossen und mit entschiedenem Kurs auf ein Bündnis mit den Bauern und Mittelständlern den Kampf gegen den reaktionärsten Teil der Finanzkapitalisten und gegen die Grossgrundbesitzer geführt hätten zur Verteidigung der Demokratie. Weil der Parteivorstand der SPD die ihm von dem ZK der KPD vorgeschlagenen gemeinsamen Kampfesmassnahmen abgelehnt hat und es infolgedessen zu keinen Massenaktionen kam, deshalb konnte der Faschismus siegen. Es ist auch falsch zu behaupten, der Faschismus wäre der einzige Weg gewesen, um auf kapitalistischer Grundlage aus der Wirtschaftskrise herauszukommen. Auch ohne den Sieg des Faschismus wäre die Wirtschaftskrise durch einen gewissen Konjunkturaufschwung abgelöst worden, der durch Massnahmen einer wirklichen demokratischen Regierung gegen das Finanzkapital noch hätte wesentlich beschleunigt und verstärkt werden können. Auch in der Resolution des AK heisst es ja ganz richtig:

*»Der Tiefpunkt der Krise war aber schon im Herbst 1932 vor Hitlers Regierungsantritt überschritten.«*

Daraus ergibt sich aber die Schlussfolgerung: Der reaktionärste Teil des deutschen Finanzkapitals benötigte den Faschismus, um die gewaltige Wiederaufrüstung im Interesse seiner imperialistischen Expansionsbestrebungen durchzuführen und den Raubkrieg gegen

friedliche Völker vorzubereiten. Der Hitlerfaschismus, »die gepanzerte Faust des reaktionärsten Teiles des deutschen Finanzkapitals« — wie ihn der Genosse Dimitrow treffend charakterisierte — wurde damit zum Hauptkriegstreiber und provozierte das Wettrüsten in der kapitalistischen Welt.

Seitdem hat der Hitlerfaschismus durch seine Rüstungs- und Kriegspolitik Deutschland in eine gefährliche Ernährungs- und Rohstoffkrise geführt. Er hat den Krieg durch seine Intervention in Spanien zu Gunsten Francos gemeinsam mit Mussolini begonnen und wird, um seine räuberischen Ziele zu verwirklichen, alles versuchen, auf diesem verbrecherischen Weg weiter zu schreiten, wenn ihm nicht rechtzeitig das Handwerk durch die Massen des deutschen Volkes gelegt wird.

Alle diese einfachen Wahrheiten sucht man vergeblich in der Resolution des erweiterten AK der SAP. Nach ihr wird unter dem Hitlerfaschismus aufgerüstet, um die Konjunktur zu fördern und sie recht lange zu erhalten. Nach ihr finden die starken Neuinvestitionen in der deutschen Wirtschaft statt, »um die Fabrikanlagen, die für die Aufrüstung auf höchster Tourenzahll laufen, zu amortisieren, um die abgenutzten Maschinen zu ersetzen, um neue Fabrikanlagen zu schaffen, die für den Rohstoffersatz notwendig sind«. Nach ihr ist gar eine reibungslose Durchführung des neuen Investitionsprogramms, d. h. des Göring-Planes zu erwarten. »Denn ist der Göringplan durchgeführt — heisst es in der Resolution sinngemäss weiter — dann wäre eine schwere Absatzkrise kaum durch riesig gesteigerten Export zu meistern.« Dem aber ständen doch gewaltige



Hindernisse im Wege, insbesondere, wenn die Beendigung des Göringplanes »mit einem krisenhaften Umschwung in der gesamten Weltwirtschaft zusammenfällt«. »Mit dem (d. h. mit einem riesenhaften Umschwung in der gesamten Weltwirtschaft zusammenfallenden, J.) allgemein wachsenden Expansionsdrang wird die Kriegsgefahr verschärft in den Vordergrund treten.«

In dem Nichterkennen Hitlers als Hauptkriegstreiber, wie es doch heute durch die Politik des Kriegsblokes Berlin-Rom-Tokio offensichtlich ist, kommt der trotzkistische Pferdefuss in der Einschätzung des Hitlerfaschismus durch das AK der SAP deutlich zum Ausdruck. Trotz Abessinien, trotz Spanien und trotz China gibt es also nach der Auffassung des AK zur Zeit keine Kriegsgefahr, »die verschärft in den Vordergrund tritt«. Die Kriegsgefahr wird erst später ernster werden mit dem allgemein wachsenden Expansionsdrang, der mit einem krisenhaften Umschwung in der gesamten Weltwirtschaft zusammenfallen wird. Der Hitlerfaschismus ist nach der Ansicht des AK nicht der Hauptkriegstreiber. Er ist ebenso gegen den Krieg wie die demokratischen Länder Frankreich, England, USA usw. Alle kapitalistischen Länder, die faschistischen wie die demokratischen, werden nach der Auffassung des AK eines Tages gepelst durch eine neue Weltkrise, getrieben durch den daraus erwachsenden verstärkten Expansionsdrang in räuberischer Absicht gegenseitig übereinander herfallen.

Für das AK existiert nicht, was Genosse Lenin als die »ungleichmässige Entwicklung« bezeichnete, aus der sich in der Periode des Monopolkapitalismus entschei-

dende Interessengegensätze zwischen den kapitalistischen Staaten ergeben, und die dazu führt, dass zur gegebenen Zeit ein Teil der kapitalistischen Staaten am Kriege, der andere am Frieden interessiert ist.

Für das AK der SAP stellt sich die Erde als ein gewaltiger Mechanismus dar mit einheitlichen Bedürfnissen und einheitlichen Bewegungen, der von regelmässigen Explosionen in seinen Antriebsgliedern getrieben wird. Aber diese abstrakte mechanische Stellung zu den Problemen des proletarischen Klassenkampfes bringt ihre Träger in Gefahr, in jeder entscheidenden Situation des proletarischen Klassenkampfes zu Helfern der Konterrevolution zu werden, wie es im Falle des AK der SAP bereits im spanischen Befreiungskampf der Fall ist. Sie führt zwangsläufig in das Lager des konterrevolutionären Trotzkismus.

Die unmarxistische Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland unter der Herrschaft des Faschismus — wie sie in der Resolution zum Ausdruck kommt — veranlasst das AK auch zu einer falschen Einschätzung der Aussenpolitik des Hitlerfaschismus und ihrer Ergebnisse. Die Resolution sagt dazu ganz allgemein:

*»Auf dem Gebiete der Aussenpolitik kann heute der Faschismus bestimmte Erfolge aufweisen.«*

Aber ist nicht gerade das Charakteristische der Lage die zunehmende Selbstisolierung des Hitlerfaschismus? In der Resolution sucht man vergeblich ein Wort darüber,

wie durch die Rüstungs- und Kriegspolitik Hitlers Deutschland in eine immer gefährlichere Selbstisolierung gerät, wie diese Politik die wirtschaftlichen Reserven Deutschlands aufzehrt, alle ökonomischen und politischen Spannungen erhöht

und wie dadurch — wenn es nicht gelingt, den Kampf der deutschen Volksmassen für die Erhaltung des Friedens gewaltig zu steigern — die Gefahr überraschender Kriegsprovokationen des Hitlerfaschismus unheimlich wächst. Diese Erscheinungen aber geben der Aussenpolitik des Hitlerfaschismus eine besondere Note.

Der Hitlerfaschismus betreibt seine Aussenpolitik mit der Pistole in der Hand. Ihr Inhalt sind erpresserische Drohungen, die gegenüber kleineren schwachen Staaten nicht ohne Ergebnis bleiben. Aber diese erpresserische Aussenpolitik hat zugleich den Gegensatz zwischen den faschistischen und den demokratischen Ländern vertieft und die Sowjetunion vervielfacht ihre Anstrengungen zur Verteidigung des Friedens im Bunde mit allen Kräften des Friedens und des Proletariats der Welt. Die demokratischen Länder sind zusammen mit der Sowjetunion wirtschaftlich und militärisch der Achse Berlin—Rom und Japan weit überlegen. Aber nicht nur das materielle Übergewicht wird in den kommenden grossen Auseinandersetzungen entscheidend sein. Der gemeinsame Hass gegen den Faschismus einigt zugleich die Werktätigen der demokratischen und der faschistischen Länder und führt sie an die Seite der grossen mächtigen Sowjetvölker. Was aber bleibt bei einer solchen Betrachtung

der wirklichen Verhältnisse von den »bestimmten Erfolgen der Aussenpolitik des deutschen Faschismus« übrig? Der tiefe Pessimismus, dem das AK der SAP verfallen ist, treibt aber noch viel tollere Blüten. In seiner Resolution heisst es weiter:

*»Die wachsenden Klassengegensätze im Innern Frankreichs nutzte der deutsche Faschismus geschickt aus, die Vorgänge in der SU, die zu einer wesentlichen Schwächung ihres europäischen politischen Einflusses führten, bedeuten gleichzeitig eine Stärkung des deutschen Imperialismus in Europa.«*

Der zunehmende Kampf der Massen des französischen Volkes, die sich zur Volksfront zusammengeschlossen haben, gegen die von dem reaktionärsten Teil des Finanzkapitals protegierte faschistische Bewegung ist nach Ansicht des AK der SAP nur eine Sache, die der Hitlerfaschismus geschickt in seinem Interesse ausnutzen kann. Dass dieser Kampf der französischen Volksfront dem Hitlerfaschismus aber unerhörte Schwierigkeiten bereitet, übersieht das AK geflissentlich. Die Vernichtung des braunen Netzes, das der Hitlerfaschismus in der Sowjetunion gewoben hatte, ist für diese Leute eine Stärkung des deutschen Imperialismus in Europa. Hat es das AK der SAP darauf abgesehen, mit einer solchen Einschätzung der Lage dem wachsenden Kampfwillen der deutschen Arbeiter, Bauern und Mittelständler entgegenzuwirken? Diese Frage ist nach alledem wirklich berechtigt.

## Die trotzkistische POUM-Politik ist Hilfe für Franco-Mussolini-Hitler

Sozialdemokratische Genossen sagten uns gelegentlich: »Es ist nicht richtig, alles, was mit Eurer Auffassung nicht übereinstimmt, als trotzkistisch zu bezeichnen.« Wenn das so wäre, hätten die sozialdemokratischen Genossen recht. Aber viel wichtiger ist, die Gefahr für die antifaschistische Bewegung zu erkennen, wenn trotzkistische Auffassungen nicht als solche enthüllt werden, nur weil sie unter anderer Flagge Verbreitung finden. So liegt z. B. die einstimmig angenommene Resolution des Erweiterten AK der SAP zur spanischen Revolution vor, ein Machwerk ohne Prinzipien, das den Trotzlisten in ihrem Kampfe gegen die spanische Revolution Hilfestellung leistet und sich auf die entscheidende These des Trotzkismus — die permanente Revolution — aufbaut. Wäre es richtig, dazu zu schweigen, nur weil einige Vertreter dieses AK dem Ausschuss zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront angehören? Eine solche Zumutung wäre geradezu lächerlich.

**Um des Kampfes der spanischen und der deutschen Volksfront willen ist es unsere Pflicht, zu diesen Auffassungen Stellung zu nehmen und zwar so deutlich, dass der zunehmende konterrevolutionäre Charakter der Politik des AK der SAP für alle Antifaschisten erkennbar zutage tritt.**

In der Resolution des AK wird gesagt, dass die POUM die richtige Losung »Krieg und

Revolution sind nicht voneinander zu trennen« herausgegeben habe. Aber ist denn der Krieg, den die spanische Volksfront so heldenhaft, nicht nur im Interesse der spanischen, sondern aller Anhänger des Friedens und der Freiheit in der Welt führt, nicht überhaupt eine entscheidende Etappe der spanischen Volksrevolution? Ist der Krieg, den die spanische Volksfront gegen die Franco, Hitler und Mussolini führt, nicht ein revolutionärer Krieg? Jeder Marxist und Leninist weiss, dass es so ist. Darum kann aber heute in Spanien auch nur das revolutionär sein, was der Volksfront hilft, den Krieg zu gewinnen. In Spanien fällt — in dieser Hinsicht hat Goebbels in Nürnberg ein wahres Wort gesprochen — die grosse Entscheidung, d. h. die grosse Entscheidung über Krieg oder Frieden in der Welt. Erst der Sieg der spanischen Volksfront über Franco, Hitler u. Mussolini wird den Weg freimachen auch für die weitere sozialistische Entwicklung in Spanien.

Der Krieg wird von der Volksfront geführt, in der sich die KPSp, die SPSp und die demokratischen Parteien des spanischen Bürgertums und der spanischen Bauernschaft vereinigt haben. Die entscheidende Kraft in der Volksfront, in ihrer Regierung, ihrem Volksheer und in ihrem Staatsapparat sind die in Aktionseinheit verbundenen Sozialisten und Kommunisten und die hinter beiden Parteien stehenden Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Das heisst, die Hegemonie der Arbeiterklasse in dem gewaltigen Ringen gegen den Faschismus in Spanien ist heute vorhanden. Inwieweit sie auch in Zukunft erhalten bleibt und die Entwicklung nach der siegreichen Been-

digung des Krieges beeinflusst, ist vor allem von der Stärke der politischen Einheitlichkeit der Arbeiterklasse abhängig.

Aber der Sieg der Volksfront in Spanien ist nicht nur von der Einheit der Arbeiterklasse und damit von dem Ausmass ihrer Hegemonie in dem gewaltigen Ringen abhängig, sondern ebenso sehr von der Erhaltung und Festigung ihres Bündnisses mit den Massen der Bauern und dem demokratisch gesinnten antifaschistischen Bürgertum. Infolgedessen handeln Gruppen — wie die POUM und ein Teil der Anarchisten —, die durch ihre Politik dieses Bündnis, d. h. die Volksfront in Gefahr bringen, konterrevolutionär, gleichgültig, was ihre Absichten auch sein mögen.

**Durch die Politik der POUM wurde der Krieg verlängert, der Sieg verzögert und riesige Opfer an Menschenleben und Volkseigentum verursacht. Darüber schweigt sich die Resolution des AK der SAP wohlweislich aus.**

Die tausenden ermordeten Arbeiter, die der verbrecherischen Politik der POUM und eines Teiles der Anarchisten zum Opfer fielen, sind für das AK der SAP so nebensächlich, dass sie in seiner Resolution überhaupt keine Erwähnung finden. Wo aber nimmt das AK dann das Recht her, darüber zu jammern, dass die POUM für ihre konterrevolutionäre Politik von der Volksfront als Konterrevolutionär behandelt wird?

Was aber versteckt sich dann hinter der Losung: »Krieg und Revolution sind nicht voneinander zu trennen,« die die POUM

nach der Auffassung des AK der SAP richtig herausgegeben habe? Die spanische Volksfront hat den Arbeitern alle demokratischen Freiheiten gegeben. Sie hat die Bauern von dem Joch der Adelskaste befreit. Sie sicherte das Eigentumsrecht und die Interessen des mittleren und kleinen Besitzes. Sie enteignete die faschistischen Teile des Grossgrundbesitzes und der Grossbourgeoisie, gab den Bauern Land und nahm die enteigneten Betriebe unter staatliche Verwaltung. Sie schuf ein heldenhaftes Volksheer gegen Franco, Hitler und Mussolini. Um die Sicherung dieser Errungenschaften und ihres friedlichen Genusses durch die Volksmassen, um die Voraussetzungen, sie später in sozialistischer Hinsicht auszugestalten, geht der Kampf.

Um aber den Sieg zu erringen, sind die gewaltigsten Anstrengungen und Opfer aller Freunde der Freiheit und Demokratie erforderlich und die solidarische Hilfe der internationalen Arbeiterklasse für die spanische Volksfront. Die POUM aber und mit ihr das AK der SAP sieht den Krieg, den die Volksfront führt, als eine Sache, die »Revolution« dagegen als eine andere Sache an. Den Krieg mag die Arbeiterklasse im Bunde mit den Bauern und den Mittelschichten führen, weil er anders nicht zu gewinnen ist. Zugleich aber hat die Arbeiterklasse nach der Ansicht dieser Bankrotteure die Aufgabe, die »Revolution« weiter zu treiben, d. h. den Kampf mit den eigenen Verbündeten, den Bauern und dem demokratisch gesinnten Bürgertum zu beginnen. Die POUM hat zusammen mit einem Teil der Anarchisten in dieser Weise die »Revolution weitergeführt«. Sie unterdrückte die Bauern und versuchte,

sie zwangsweise zu kollektivieren. Sie attackierte die Mittelständler und demokratisch-bürgerliche Kreise. Sie sabotierte die Politik der SP und KP zur Gewinnung des Krieges. Für sie war weniger Franco, aber umso mehr die Volksfront-Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien, die Reaktion. Der von der POUM und einem Teil der Anarchisten organisierte konterrevolutionäre Aufstand in Barcelona war das Mittel, die Volksfront zu sprengen. Wer kann bestreiten, dass diese Politik konterrevolutionär ist, dass die POUM selbst aber und ihre Helfershelfer in der SAP durch diese Politik faktisch zu Teilen der fünften Kolonne Francos geworden sind? Nur die POUM selbst und ihre Komplizen!

Man wird uns von Seiten des AK der SAP in der bekannten doppelzünglerischen Weise entgegenhalten: »Auch wir waren ja nicht ganz einverstanden mit der Politik der POUM. Seht die Kritik in unserer Resolution.« Aber diese »Kritik« wendet sich ja nicht gegen die konterrevolutionäre Politik der POUM, sie wendet sich nur dagegen, dass die POUM ihre konterrevolutionäre Politik so ungeschickt und taktisch unklug durchführte und damit ihre Helfershelfer, die ehrenwerten Grüppchen, die in dem Londoner Büro vereinigt sind — einschliesslich der SAP — mit kompromitierte.

## Trotzkis bankrotte »permanente Revolution« feiert ihre Auferstehung im A. K. der SAP

Die trotzkistische Grundlage der Resolution des AK der SAP wird aber in einem Artikel von Paul Fröhlich »Die Strategie der Komintern in der spanischen Revolution« (»Marxistische Tribüne« Nr. 8) noch viel offener enthüllt. Dort heisst es:

*»In Spanien haben sich die Kommunisten zum Ziele gesetzt, die Revolution in die Schranken der bürgerlich-demokratischen Republik zu bannen und sie sind bereit, sie zu züchtigen, wenn sie störrisch genug ist, weiterzustürmen — Barcelona!«*

Mit anderen Worten, die von der POUM und einem Teil der Anarchisten organisierten Verbrechen gegenüber der spanischen Volksfront werden von diesen »Marxisten« als das »Vorwärtsstürmen der Revolution« bezeichnet, die gewaltigen Anstrengungen der Sozialisten und Kommunisten zur Erringung des Sieges über Franco, Hitler und Mussolini, ihr übermenschlicher Kampf zur Verteidigung der Demokratie aber faktisch als Beginn der organisierten Konterrevolution.

**Fröhlich bekennt sich in diesem Artikel offen für die trotzkistische Theorie von der »permanenten Revolution«, die der Ausgangspunkt war für den Verrat Trotzkis an der Revolution, an der Sowjetunion und für seinen Uebergang in das Lager der Konterrevolution.**

Diese Theorie, gegen die die Genossen Lenin und Stalin einen unversöhnlichen Kampf führten, bestreitet die Gemeinsamkeit der Interessen der Arbeiterklasse, der grossen Massen der Bauernschaft und des Mittelstandes gegenüber den reaktionären Grosskapitalisten und Grossgrundbesitzern. Die Trotzlisten halten deshalb ein ständiges Bündnis der Arbeiterklasse mit diesen werktätigen Schichten für konterrevolutionär und lassen ein solches nur in Teilfragen und nur zeitweise zu. Nach der Theorie von der »permanenten Revolution« kann die Arbeiterklasse in der demokratischen Revolution, in der sie die Hegemonie haben muss, wenn sie zum Ziele führen soll, einige Schritte gemeinsam mit den Bauern und dem Mittelstand gegen den Feudalismus gehen. Aber um ihre im Bunde mit diesen Schichten errungene Macht zu sichern, müsse die Arbeiterklasse sofort tiefe Eingriffe in das feudale und das bürgerliche Eigentum vornehmen und das führe sie in einen tiefen Gegensatz zu den eigenen Bundesgenossen, den Bauern und den Mittelschichten. Die Weiterentwicklung der Revolution müsse infolgedessen unweigerlich zu gewaltsamen Auseinandersetzungen der Arbeiterklasse mit den Bauern und den Mittelschichten führen. Ohne diese Auseinandersetzungen aber gäbe es keine weitere Entwicklung der Revolution zum Sozialismus. Paul Fröhlich wendet sich mit der Übernahme der trotzkistischen Theorie vor der »permanenten Revolution« endgültig gegen die Genossen Lenin u. Stalin, die in der Theorie und in der Praxis der bürgerlichen u. proletarischen Revolution in Russland bewiesen haben, dass die Arbeiterklasse nur im Bunde mit den Massen der Bauern und den Mittelschichten die Herr-

schaft des Grosskapitals und des Grossgrundbesitzes stürzen und die demokratische Revolution vollenden kann, dass sie nur im Bunde mit den Bauern und den Mittelschichten die Voraussetzungen schaffen kann für die proletarische Diktatur und den Aufbau des Sozialismus.

Die Resolution des Erweiterten AK der SAP zur spanischen Revolution ist aber auch der dokumentarische Beweis dafür, dass das AK beabsichtigt, seine trotzkistische Politik gegenüber Spanien in noch verstärkterem Masse weiterzuführen. Als nächstes Ziel schlägt es dazu die Zertrümmerung der Einheits- und Volksfront vor. Wir wiesen darauf hin, dass der Staatsapparat der spanischen Volksfront von faschistischen Elementen gereinigt und durch Vertreter der Volksfrontparteien verstärkt wurde, dass in ihm Sozialisten und Kommunisten dominieren. Wie aber heisst es in der Resolution des Erweiterten AK der SAP, den Staatsapparat betreffend?:

*»Indem sich die KP gegen die Schaffung eines neuen Staatsapparates unter proletarischer Hegemonie wendet... trägt sie dazu bei, dass die sozialistischen Errungenschaften der Arbeiterklasse abgebaut werden.«*

Das AK der SAP verlangt also indirekt die Schaffung eines neuen Staatsapparates unter Ausschluss der Vertreter der demokratischen Parteien, der Bauern und des Mittelstandes. Nach ihm kann die spanische Revolution nur siegen, wenn die POUM und andere volksfrontfeindliche Elemente im Staatsapparat die Hegemonie haben. Denn für diese Bankrotteure hat ja auch die KPSp längst aufgehört, eine proletarische Partei zu sein. In

seiner Resolution sagt das Erweiterte AK der SAP, »dass der bisherige Verlauf der spanischen Revolution eindringlich bewiesen habe, wie notwendig eine von der Komintern unabhängige (!) Kommunistische Partei in der Revolution sei und welche gewaltigen Aufgaben und Möglichkeiten von ihr ständen.«

Aus diesem Grunde empfiehlt das AK seinen Gesinnungsgenossen in Spanien ausserdem die systematische Differenzierung in den Reihen der SPSp, der KPSp und der FAI und die Vorbereitung der schliesslichen Spaltungen dieser Parteien. Denn in seiner Resolution heisst es:

*»Die bewusst sozialistischen Kräfte, besonders aus dem linken Flügel der Sozialistischen Partei, aus der CNT/FAI und aus dem unabhängigen Lager (soll wohl heissen POUM), aber auch aus den Reihen der KP und der Vereinigten Sozialistischen Jugend, müssen im Rahmen der proletarischen Einheitsfront ein engeres Schutz- und Trutzbündnis abschliessen.«*

Die trotzkistische Politik, die das AK der SAP in der spanischen Frage betreibt, kann natürlich nicht als eine Sache betrachtet werden, die zu ihrer Stellungnahme zu den Fragen der deutschen antifaschistischen Bewegung in keiner Beziehung steht. Der hinterhältige Kampf des AK der SAP gegen die Einheit der spanischen Arbeiterklasse und gegen die spanische Volksfront richtet sich ebenso gegen die wachsende Einheitsfront der deutschen Arbeiterklasse und gegen die sich entwickelnde deutsche Volksfront. Seine Spanien-Politik beweist erneut, dass das AK der SAP sich an dem »Ausschuss zur

Vorbereitung einer deutschen Volksfront« nur beteiligt, um die deutsche Volksfrontbewegung in ihrer Entwicklung zu hindern. Schreibt doch Paul Fröhlich offen:

*»Die endgültige Ueberwindung des Faschismus in Deutschland ist nur auf dem Wege der permanenten Revolution möglich.«*

Die Volksfrontbewegung aber und ihr endgültiger Sieg über den deutschen Faschismus ist nur möglich, wenn entgegen der konterrevolutionären Theorie von der »permanenten Revolution« das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse, den Bauern und dem Mittelstand dauernd gesichert wird. Das aber kann nur geschehen im Kampfe gegen die Spaltungspolitik solcher politischer Bankrotteure, wie sie im AK der SAP sitzen.

### Vom Trotzkismus zerfressen

Die kritische Stellungnahme zu der Resolution des AK der SAP zur spanischen Frage hat die trotzkistischen Wurzeln auch für das unehrliche Spiel aufgedeckt, das von ihm in der deutschen Einheits- und Volksfrontbewegung in Szene gesetzt wird. Nach dieser Resolution kann die Bereitwilligkeit des AK zur Einheits- u. Volksfront nur als ein Manöver angesehen werden. Das ergibt sich auch aus anderen Tatsachen

In einem Artikel »Unsere Stellung zur deutschen Volksfront« (»Neue Front« No 10/37)

stellt das AK die Kritik der Trotzisten in der SAP gegen die Beteiligung an der deutschen Volksfront wie folgt dar:

»Die Volksfront ist ein Geschöpf des Stalinismus. Zweck und Ziel ist, die Einigung von Arbeitern und Kleinbürgern auf der ideologischen Basis der Bourgeoisie (Demokratie), eine von dem stalinistischen Apparat kontrollierte Politik, die letzten Endes auf die Verhinderung der proletarischen Revolution hinausläuft.«

Das AK sieht sich nun aber keineswegs veranlasst, als Partner der deutschen Volksfrontbewegung, in grundsätzlichen Ausführungen gegen diese niederträchtige Verleumdung der Volksfront und der an ihr beteiligten aktivsten Kraft, die KPD, Stellung zu nehmen. Im Gegenteil. Es solidarisiert sich weitgehend mit den Verleumdern, indem es wörtlich sagt:

»Von diesen obigen Behauptungen ist vieles wahr.«

Das AK versucht ausserdem klarzumachen, dass, eben weil »vieles wahr« an der Kritik der Trotzisten sei, die SAP als die einzige marxistische Kraft in der deutschen Arbeiterbewegung an der Volksfrontbewegung teilnehmen müsse, um zu verhüten, dass die Volksfrontbewegung schliesslich auf die Verhinderung der proletarischen Revolution hinausläuft. Das beweist, wie weit die SAP vom Trotzismus zerfressen ist, und dass sie nicht mehr als aufrichtiger Verhandlungspartner angesehen werden kann.

Die bornierte Einstellung des AK kommt aber noch deutlicher in einem Brief zum Aus-

druck, den es am 7. September 1937 an das ZK der KPD schrieb. Darin heisst es:

»Wir bedauern sehr, dass Ihr zu der falschen Gleichsetzung von Demokratie und Sozialismus gekommen seid.«

Das heisst, das AK der SAP behauptet immer wieder, dass die Kommunistische Partei ihr Ziel, die proletarische Diktatur und den Sozialismus aufgegeben habe, und dass sie es deshalb ablehne, den Sozialismus zu propagieren. Das AK verbreitet diese Verleumdung, trotzdem ihm sehr gut bekannt ist, dass die KPD wohl allein von allen antifaschistischen Parteien und Gruppen eine grundsätzliche sozialistische Propaganda in Deutschland betreibt, dass die KPD, — trotz grosser Schwierigkeiten und Opfer — die klassische Literatur des Sozialismus in illegalen Ausgaben herausbringt und in Deutschland verbreitet. Dass die KPD als einzige antifaschistische Partei in Deutschland Aufklärung über den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion schafft und die Verleumdungen der Sowjetunion durch die Faschisten bekämpft.

Es ist dem AK der SAP ausserdem bekannt, dass das ZK der KPD den sozialdemokratischen Freunden die gemeinsame Propaganda des Sozialismus und die gemeinsame Aufklärung über den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion vorgeschlagen hat. Das AK sagt zu dieser Frage:

»Wir schlagen vor... von der vorgesehenen gemeinsamen Propaganda — gegen die faschistische Verleumdung der SU — Abstand zu nehmen... Wir fürchten, dass man sich... schwer verständigen könnte, was alles unter die Rubrik 'faschistische Verleumdungen' gehört.«



Diese Stellungnahme gegen die SU, diese Ablehnung gemeinsamer Propaganda gegen die Goebbelshetze zeigt, dass das AK der SAP selbst die Losung des Sozialismus nicht ernst meint.

Aber es handelt sich ja nicht nur um die sozialistische Propaganda, sondern vielmehr um die Politik, die geeignet ist, das schaffende deutsche Volk dem Sozialismus näher zu bringen. Wir sind der Meinung, dass diejenigen, die entschlossen für die Einheitsfront zwischen KPD und SPD eintreten, die danach streben, durch die Volksfrontbewegung die Massen der Gegner des Hitlerfaschismus zu einigen, um den Frieden zu erhalten, Hitler zu stürzen, eine Volksfrontregierung und die Demokratische Volksrepublik zu errichten, die einzig möglichen nächsten Schritte auf dem Wege zum Sozialismus tun. Diejenigen dagegen, die diese Entwicklung mit ihrem Gerede — die Volksfrontbewegung bzw. Errichtung einer Demokratischen Volksrepublik laufe auf die Verhinderung der proletarischen Revolution hinaus, — sabotieren, sind trotz ihrer radikalen Phrasen nicht nur Feinde der Volksfront, sondern auch des Sozialismus. Denn sie alle sind eigenartiger Weise zugleich offene oder versteckte Gegner der Sowjetunion, des einzigen Landes, wo unter Stalins Führung der Sozialismus verwirklicht ist.

Genosse Lenin hat Leuten vom Schlage der Bankrotteure im AK der SAP eine klare Antwort gegeben, indem er in seiner Broschüre »Zwei Taktiken« schrieb:

**»Und als Antwort auf die anarchistischen Einwendungen, dass wir die sozialisti-**

**sche Umwälzung aufschieben, werden wir sagen: wir schieben sie nicht auf, sondern machen den ersten Schritt zu ihr auf die einzig mögliche Weise und auf dem einzig richtigen Wege der demokratischen Republik.«**

## **Einheitsfront und Volksfront** **für die demokratische Volksrepublik**

### **Der Weg zum Sturz Hitlers**

Der Januar-Aufruf des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront ist vorläufig die programmatische Erklärung, auf die sich die an dem Ausschuss beteiligten Parteien, Gruppen und Persönlichkeiten vereinigt haben. In diesem Aufruf heisst es u. a.:

**»Erst der Sturz der nationalsozialistischen Machthaber wird jeder politischen, geistigen und religiösen Strömung die Möglichkeit geben, für ihre Ansichten, Ziele und Ideale in freier Gleichberechtigung einzutreten... Die Geschichte der Nachkriegszeit hat gezeigt, wie kleine Gruppen Bevorrechteter, die den Grossgrundbesitz, die grossen Industriekonzerne und die Banken beherrschen, zu Totengräbern der Freiheit wurden. Um die Freiheit zu sichern, wird das neue Deutschland diese Volksfeinde ihrer Macht entkleiden.«**

Das aber bedeutend die Erkämpfung der demokratischen Republik.

In dem Aufruf heisst es weiter, dass das neue Deutschland die Rüstungsindustrie und die Grossbanken enteignen, die Zwangswirtschaft beseitigen, den Bauern Land geben, den Gewerbetreibenden eine bessere Existenz und den Arbeitern die Koalitionsfreiheit und höhere Löhne bringen wird. Alle diese Lösungen haben einen demokratischen Charakter und können von einer Volksfrontregierung im Rahmen der Demokratischen Volksrepublik verwirklicht werden, wenn die Volksfrontregierung dazu durch die Reinigung des Staatsapparates und durch die Bildung von Volksfront-Ausschüssen die notwendigen Garantien schafft.

Wir halten die programmatische Erklärung des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront für richtig. Jedoch gerade diese richtige Erläuterung der Ziele der Volksfront, des Inhalts der demokratischen Republik, wird von der SAP bekämpft. Da aber die Volksfront nichts anderes als die Zusammenfassung aller demokratischen Kräfte zur Volksrevolution gegen Hitler sein kann, bedeutet die Politik der SAP den Versuch der Sprengung der Volksfront von innen. Es ist dann an der Zeit, dass der Volksfrontausschuss eindeutig unterstreicht, dass die Volksfrontbewegung die demokratische Republik erstrebt.

Die Einigung der Volksmassen gegen Hitler ist nur auf der Grundlage der demokratischen und freiheitlichen Ziele der Volksfront möglich. Sie ist aber zugleich die Voraussetzung, um den Hitlerfaschismus stürzen zu können. Die sozialistische Arbeiterschaft wird zur entscheidenden Kraft in die-

ser Volksbewegung werden, wenn sie sich der grossen Verantwortung bewusst wird, die sie für das ganze schaffende deutsche Volk und für die deutsche Nation trägt, wenn sie sich in einer kämpfenden Einheitsfront zusammenfindet und wenn sie sich schliesslich zu einer revolutionären sozialistischen Einheitspartei zusammenschliesst.

Denn ökonomisch sind nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Bauern, die Handwerker, Kaufleute und auch viele kapitalistische Unternehmer am Sturze Hitlers interessiert. Denn der Hitlerfaschismus ist für grosse Teile dieser Schichten der sichere wirtschaftliche Ruin. Vom freiheitlichen und kulturellen Standpunkt aus sehnen alle diese Massen und noch dazu viele Wissenschaftler, Künstler und Lehrer den Sturz des Hitlerfaschismus herbei, denn der Hitlerfaschismus unterdrückt jede freiheitliche Regung, zerstört die Kultur u. hindert jeden Fortschritt. Die Glaubens- und Religionsfreiheit fordern ausserdem die Millionen der Anhänger der verschiedenen Konfessionen, die unter dem Hitlerfaschismus verfolgt, drangsaliert und verhöhnt werden. Die Erhaltung des Friedens wünschen alle ernstdenkenden Menschen, die ihre deutsche Heimat lieben, denn ihnen wird immer klarer, dass der Hitlerfaschismus zum Krieg und damit zum Tod für Millionen und zum sichern Untergang des deutschen Reiches treibt.

Diese Massen des schaffenden Volkes werden sich in ihrer grossen Mehrheit unter Führung der deutschen Volksfront gegen den Hitlerfaschismus erheben, um sich von dem faschistischen Joche zu befreien und ihre unmittelbaren Forderungen

gen zu verwirklichen. Das heisst, sie wollen die Freiheit der Versammlung, der Vereinigung, der Presse, der Religion, der Wirtschaft und des Handels. Sie wollen das Recht der Mitbestimmung, der Wahl ihrer Vertreter in allen staatlichen und sonstigen Institutionen. Sie wollen die Ausrottung des Faschismus mit der Wurzel und die Wiedergutmachung der durch ihn verursachten Schäden. Sie wollen den Frieden und die Sicherung ihrer wirtschaftlichen Existenz. Diese Massen des schaffenden Volkes können sich mit Ausnahme des sozialistischen Teiles der Arbeiterklasse die Verwirklichung dieser ihrer Forderungen kaum anders vorstellen als durch eine demokratische Volksrepublik, die aber im Gegensatz zur Weimarer Republik die Verwirklichung ihres Programms gegenüber den reaktionären Grosskapitalisten und Grossgrundbesitzern rücksichtslos in Angriff nimmt.

Wird diese Entwicklung ohne gewaltige Massenkämpfe von langer Dauer vor sich gehen? Das AK der SAP rechnet mit einer allgemeinen Erhebung des Volkes, durch die in wenigen Tagen der Sturz des Hitlerfaschismus herbeigeführt wird. Dann steht — nach der Auffassung der SAP — die Errichtung der proletarischen Diktatur (sie bezeichnet sie Arbeiterdemokratie) auf der Tagesordnung, — das wäre die Vorwärtstreibung der Revolution. Oder es kommt zur Errichtung einer Volksfrontregierung und der demokratischen Volksrepublik, — das wäre der Beginn der Konterrevolution.

Wir können diese mechanische Auffassung des AK der SAP über die voraussichtliche Entwicklung des Klassenkampfes in Deutschland nicht teilen. Wir sind überzeugt, dass

der Kampf zum Sturze des Hitlerfaschismus von langer Dauer sein wird, dass er siegreich nur geführt werden kann mit dem Ziele der Errichtung einer Volksfrontregierung und der demokratischen Volksrepublik. Das wird nur der Fall sein, wenn sich die sozialistischen Arbeiter als die entschiedensten Vertreter der Interessen der Bauern und der Mittelschichten gegenüber den Grosskapitalisten und Grossgrundbesitzern erweisen, wenn sie bei Bestehen der demokratischen Volksrepublik diesen Schichten beweisen, dass ihr Schicksal untrennbar mit dem der Arbeiterklasse verbunden ist. Diese Entwicklung kann sich auf eine kürzere oder längere Periode hinziehen. In ihr aber wird — wie der Genosse Stalin einst sagte — die Idee in dem Geiste der Volksmassen heranreifen, die Zitadelle des Kapitalismus zu stürmen und es wird sich erneut bewahrheiten, was Friedrich Engels in seinem »Ursprung der Familie« schrieb:

»Die demokratische Republik... ist die einzige Staatsform, in der allein die letzte Entscheidungsschlacht zwischen Proletariat und Bourgeoisie ausgefochten werden kann.«

### Wer die Volksfront spalten will

### hat keinen Platz in ihren Ausschüssen

Das AK der SAP lehnt dessen ungeachtet, trotzdem es dem Ausschuss zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront angehört, den Kampf der

deutschen Volksfront für die Errichtung einer Volksfrontregierung und einer demokratischen Volksrepublik ab. Es bekämpft damit zugleich den einzig möglichen nächsten Schritt der Arbeiterklasse zum Sozialismus und handelt infolgedessen gegen das Interesse der Volksrevolution. In dem Artikel des AK der SAP »Die Volksfront, die KPD und wir« (»Neue Front« No 13/37) heisst es in diesem Zusammenhang:

*»Das Ziel des Kampfes zum Sturze Hitlers kann deshalb nicht die Demokratie, die demokratische Volksrepublik an sich sein. Dies wäre eine Wiederholung der Fehler der Sozialdemokratie von 1918 mit allen ihren katastrophalen Auswirkungen für die deutsche und für die internationale Arbeiterbewegung, für Deutschland selbst... und müsste mit einer eklatanten Niederlage enden.«*

Eine solche Stellungnahme hat mit dem Marxismus-Leninismus absolut nichts gemein, sondern sie gehört zu dem Rüstzeug des konterrevolutionären Trotzkismus. Das Bündnis zwischen Arbeiterklasse, Bauern und Mittelstand beschränkt sich darnach auf das gemeinsame Vorgehen zum Sturze des Hitlerfaschismus. Die Volksfront aber handelt, nachdem dieses Ziel erreicht ist, »konterrevolutionär«, wenn sie versucht, die demokratische Volksrepublik zu errichten. Nach dieser Stellungnahme des AK der SAP ist es in dieser Situation demnach die Aufgabe der Arbeiterklasse, die Volksfront zu sprengen und den Kampf gegen alle, die an ihr festhalten und die demokratische Volksrepublik errichten wollen, zu beginnen. Das heisst, gerade für die Zeit, wo die Volksfront im schwierigsten Kampfe zur Ausrottung des Faschismus stehen wird, bereitet

sich das AK der SAP in Uebereinstimmung mit dem Vorgehen der POUM in Spanien darauf vor, den Volksmassen in den Rücken zu fallen.

Wer in der Errichtung einer demokratischen Volksrepublik des geschilderten Charakters den Beginn der Konterrevolution sieht, wer den Sieg des Faschismus bei Bestehen der bürgerlichen Demokratie als naturnotwendig betrachtet, wer jegliches Vertrauen zur Kraft der Arbeiterklasse und der mit ihr verbundenen Bauern und Mittelständlern verloren hat, wer nicht sieht, dass die demokratische Volksrepublik für die endgültige Auseinandersetzung zwischen Proletariat und Bourgeoisie den Kampfesboden darstellt, wer sich mit dem Gedanken trägt, historische Entwicklungsphasen durch konterrevolutionäre Putsche überspringen zu wollen, der wird sich — wir wiederholen — in jeder entscheidenden Situation des revolutionären Klassenkampfes an der Seite der Konterrevolution wieder finden.

Die Vertreter der SAP im Volksfrontausschuss betonen gegenüber diesen Feststellungen, dass bei ihrem Eintritt in den Ausschuss bekannt war, dass sie in vielen Fragen anderer Meinung sind als die Kommunisten und Sozialdemokraten. Damit wollen sie verschleiern, dass das AK der SAP zum Trotzkismus übergegangen ist, dass die Diamant, Paul Fröhlich, Sternberg, Rosi Wolfstein sich nicht nur solidarisieren mit der konterrevolutionären POUM-Politik in Spanien, sondern auch offen die trotzkistische Position gegen die Einigung der deutschen Arbeiterklasse und gegen die deutsche Volksfront bezogen haben. Im Volks-

frontausschuss versucht die SAP ihre Politik unter der Maske der Gleichberechtigung und Meinungsfreiheit durchzusetzen. Niemand will natürlich den Partnern in der Volksfront-Bewegung das Recht nehmen, ausserhalb der Volksfront seine besonderen Auffassungen selbständig zu vertreten. Aber wenn das AK der SAP die volksfrontfeindliche Politik der POUM unterstützt und den Block von den Trotzlisten bis Caballero propagiert, um die spanische Volksfront zu sprengen, so steht das im schroffsten Gegensatz zum Willen der deutschen Volksfrontfreunde.

Wir Kommunisten sind in Uebereinstimmung mit den sozialdemokratischen und katholischen Freunden in Deutschland der Meinung, dass den Ausschüssen der Volksfrontbewegung nur solche Hitlergegner angehören können, die es ernst meinen mit der Volksrevolution für eine demokratische Republik in Deutschland.

**Aus den Richtlinien**  
**einer politischen Plattform**  
**der deutschen Volksfront**

Von Wilhelm Pieck

Die in der Volksfront verbundenen Parteien, Richtungen, Organisationen, Gruppen und Personen erklären als den wichtigsten Staatsgrundsatz, dass das neue Reich eine demokratische Republik sein wird, in der das Volk frei über alle Fragen der Wirtschaft, der In-

nen- und Aussenpolitik des Landes entscheidet und die Regierung durch eine Entscheidung des werktätigen Volkes auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts bestimmt wird. Das neue Reich wird alle Forderung des Volkes, für die die Volksfront den Kampf führt, erfüllen. Das neue Reich muss eine starke und mächtige Demokratie sein, gestützt auf den Willen der Volksmassen, errungen im Kampf und Sieg über die faschistische Reaktion. Es wird aus den Fehlern der Vergangenheit die Lehren ziehen, um zu verhindern, dass Deutschland nicht zum zweiten Mal den Angriffen der Reaktion unterliegt...

Das neue Reich sichert die Freiheit des Volkes, indem es die faschistischen Terrorbanden zerschlägt, jede Neubildung nationalsozialistischer und reaktionärer Organisationen und jede propagandistische Verteidigung des faschistischen Terrors rücksichtslos verhindert.

Das neue Reich öffnet die Tore der Konzentrationslager und Gefängnisse für die eingekerkerten Antifaschisten und für alle, die wegen Verstoß gegen die volksfeindlichen Gesetze Hitlers in die Gefängnisse geworfen wurden. Die Gestapo wird aufgelöst, ihre Greuelthaten werden vor aller Welt enthüllt. Die Führer des faschistischen Terrors, die korrupten Helfershelfer Hitlers, die jedes Recht brechenden faschistischen Richter, die für die Morde und Folterungen verantwortlichen Gestaposchergen werden für ihre Taten zur Verantwortung gezogen. Die Anhänger des Nationalsozialismus, die das faschistische Terrorregime unterstützten, die sich aber von diesem Regime abwenden und den Kampf der Volksfront für Freiheit und Frieden unterstützen, werden in die Kampffront

eingereiht und haben selbstverständlich keinerlei Verfolgungen zu befürchten. Der Staatsapparat, das Heer, alle öffentlichen Ämter und Behörden werden von volksfeindlichen, faschistischen Elementen gereinigt...

Das neue Reich verwendet die Gutshöfe, Erbhöfe und Ländereien, die von Hitler auf Kosten des werktätigen Volkes an die Helfer des faschistischen Terrors verschenkt wurden, für die landarmen Bauern und Landarbeiter...

Die Banken, deren Aktien im Staatsbesitz sind oder es vor der Hitlerdiktatur waren, werden zu einer Staatsbank verschmolzen, deren Aufgabe darin besteht, das Kreditbedürfnis der Bauern und des Mittelstandes zu befriedigen unter systematischer Herabsetzung des Zinsfußes.

Das neue Reich wird die Rüstungsindustrie nationalisieren, um den Kriegstreibereien des Rüstungskapitals entgegenzuwirken. Im Interesse der Ordnung und zur Sicherung der Produktion und der Volksernährung wird das neue Reich das Eigentum jener Grosskapitalisten und Grossagrarien beschlagnahmen, die die ökonomischen Massnahmen der demokratischen Regierung sabotieren.

Der volle Wortlaut dieser Richtlinien, die dem Volksfrontausschuss in Paris im Juni 1936 unterbreitet wurden, erschien in Heft 1/2 der »Internationale«. Die theoretische Zeitschrift der KPD ist an allen Kiosken erhältlich.